

## Steuerstandort Schweiz (Teil drei der Serie): Unternehmensinvestitionen in F&E

# Es fehlen steuerliche Anreize

Von Thomas Lindner

Wissenschaft und Technologie sind in unserer modernen Gesellschaft zu Schlüsselthemen geworden, die die zukünftige Entwicklung von Volkswirtschaften nachhaltig beeinflussen. Zur Steigerung der Unternehmensinvestitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) gewähren daher viele Länder weltweit auch steuerliche Anreize. Während die Mehrheit der Mitgliedstaaten der EU derartige Massnahmen als Teil ihres öffentlichen Förderinstrumentariums einsetzt, bietet die Schweiz derartige Anreize bisweilen nicht.

### Blick in die Europäische Union

Forschung und Entwicklung sind Schlüsselfaktoren für die Erzielung von Produktivitätsgewinnen und zur Erhöhung des Wachstums einer Volkswirtschaft. Erfreulicherweise gehört die Schweiz zurzeit weltweit zu den Ländern mit den höchsten F&E-Ausgaben. Sie kann aber Gefahr laufen, diesen Spitzenplatz an Staaten zu verlieren, die zur Steigerung der Unternehmensinvestitionen in F&E gezielt steuerliche Anreize einsetzen. Diese sind in ihrer Ausgestaltung vielfältig und können unterschiedliche Steuerarten oder sogar Sozialabgaben betreffen. Die Schweiz bietet Unternehmen dieses Instrumentarium bisweilen nicht.

Im Einklang mit den Lissaboner Zielen und der Schaffung eines europäischen Forschungsraums wollen die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten mit vereinten Kräften die Investitionen in F&E bis 2010 auf 3% ihres Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Dadurch sind steuerliche Anreize zu einem der wichtigsten Instrumente geworden, die zur Investitionssteigerung verwendet werden. Im letzten

Jahr kannten bereits fünfzehn EU-Mitgliedstaaten derartige Massnahmen als Teil ihres öffentlichen Förderinstrumentariums. Anpassungen und Neueinführungen gibt es fortlaufend.

### Kreatives Belgien

Während in der Schweiz F&E-Ausgaben von Unternehmen wie alle übrigen geschäftsmässig begründeten Aufwendungen steuerlich ein Mal zum Abzug zugelassen sind, sehen andere Staaten weitreichendere Lösungen vor. Beispielsweise erlauben sie die mehrfache steuerliche Abzugsfähigkeit von F&E-Kosten oder räumen gar dem Lizenznehmer aus durch F&E entwickelten Patenten eine privilegierte Besteuerung ein.

Irland gilt als Musterbeispiel und zeigt, wie mit gezielter steuerlicher Förderung von F&E-Aktivitäten multinationale Unternehmen angezogen wurden und so die Prosperität des Landes nachhaltig sichergestellt werden konnte. Aber auch Belgien zeigt sich besonders kreativ, wenn es darum geht, das Wirtschaftswachstum durch steuerliche Anreize anzuregen. Erst kürzlich wurde eine Regelung eingeführt, die zur Folge hat, dass in Belgien lediglich 20% des Ertrags aus Patenten besteuert werden. 80% des Lizenztrags werden somit nicht der Gewinnbesteuerung zugeführt. Zudem können Unternehmen, die besonders qualifiziertes Personal einstellen, in den Genuss eines einmaligen Abzugs vom zu versteuernden Gewinn von rund 25 000 € pro Mitarbeiter kommen.

Des Weiteren ist es Unternehmen gestattet, für Forschungsmitarbeiter, die an Forschungsprojekten einer Universität arbeiten, lediglich 50% der Lohnsteuer an die Behörden abzuführen und dadurch ihre gesamten Beschäftigungskosten zu

senken. Das Gleiche gilt für wissenschaftliche Mitarbeiter, die für sogenannte «junge innovative Unternehmen» tätig sind. Zusätzlich können ab dem Steuerjahr 2007 sämtliche Unternehmen einen Abzug für fiktive Zinszahlungen auf ihr Eigenkapital geltend machen. Ein eigenfinanziertes Unternehmen kann somit einen Betrag vom zu versteuernden Gewinn abziehen, der annähernd den Zinsen entspricht, die es im Falle einer Darlehensfinanzierung zu zahlen hätte. Zudem wurden Steuervorteile für Führungskräfte und Fachpersonal eingeführt.

### KMU profitieren

Steuerliche Anreize weisen neben transparenten Bedingungen eine niedrige Zutrittsschwelle auf und sind für Unternehmen gut planbar. Des Weiteren induzieren sie in weit geringerem Ausmass unproduktive, lediglich auf die Umverteilung von Ressourcen gerichtete Aktivitäten als direkte Förderungsprogramme. In der Mehrheit der OECD-Staaten haben daher vor allem indirekte Anreize eine Intensivierung der F&E-Tätigkeit von Gesellschaften hervorgebracht und sich insbesondere vorteilhaft auf die Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ausgewirkt.

Die Schweiz ist gefordert, im internationalen Steuerwettbewerb nach innovativen Lösungen zu suchen, die ihren Fortbestand als wichtiger F&E-Standort auch zukünftig sichern und zudem dazu führen, dass internationale Unternehmen nicht nur F&E, sondern auch andere Funktionen in die Schweiz verlagern.

Thomas Linder, Senior Manager und Head Swiss Tax Center of Excellence, KPMG New York. Die erste Folge ist in FuW Nr. 75 vom 26. September erschienen, Teil zwei in FuW Nr. 76 vom 29. September.